

Den Kalten Krieg verhindern

Autor(en): **Mühlemann, Ernst**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Soldat : die führende Militärzeitschrift der Schweiz**

Band (Jahr): **82 (2007)**

Heft 7-8

PDF erstellt am: **20.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-717525>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

ERSCHLOSSEN EMDDOK
MF 535 / 1719

Den Kalten Krieg verhindern

Mit der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit (OSZE) verfügt Europa seit der Akte von Helsinki im Jahr 1975 über ein griffiges Instrument zur Prävention von Konflikten und zur Kriegsbewältigung.

EX-NATIONALRAT ERNST MÜHLEMANN, ERMATINGEN

Im Gegensatz zum Europarat spielt bei der OSZE die Parlamentarische Versammlung eine geringe Rolle, da sie nur sporadisch zusammenkommt und oft von den Vertretern der USA dominiert wird. Bedeutsamer war immer der Aktionsradius der Diplomaten, wobei die Schweizer Vertreter eine wichtige Rolle spielten. Es sei hier unter anderem erinnert an Edouard Brunner und Walter Thurnherr in Abchasien und Berg-Karabach, an Tim Guldemann und Heidi Tagliavini in Tschetschenien, an Gret Haller und Andreas Kohlschütter in Bosnien sowie Hanspeter Kleiner und Gérard Stoudmann in Weissrussland.

Heute ist die OSZE aus Tschetschenien verschwunden, wirkt wie immer passiv in Moldawien, spielt eine bescheidene Rolle in Weissrussland und steht auf dem Balkan im Schatten von UNO, EU und NATO.

Abseitsposition

Man muss bei der heutigen Abseitsposition von Europarat und OSZE gerecht sein, denn die Staats- und Regierungschefs des Kontinents sind zweigeteilt. Die EU-Vertreter und NATO-Mitglieder spielen die erste Geige, und die übrigen Länderchefs sitzen an den Begleitinstrumenten des europäischen Orchesters. Man wünschte sich von diesen politischen Leadern mehr visionäre Gesamtschau und vor allem weniger Abhängigkeit vom Diktat der USA.

Die Regierung Bush in Washington bestimmt den Kurs der NATO und wirkt in Europa nach dem römischen Prinzip: «Teile und herrsche.» Aus diesem Grund wurde die EU-Osterweiterung nicht nur zu einem wichtigen Feld ökonomischer Zusammenarbeit im europäischen Binnenmarkt, sondern auch zu einer neuen, gefährlichen Trennlinie im europäischen Grossraum demokratischer Sicherheit.

Besonders an der EU-Aussengrenze zu Moldawien, zur Ukraine, zu Weissrussland und Kaliningrad droht ein zweiter «Eiserner Vorhang», da mit der wirtschaftlich orientierten EU auch die NATO sich nach



Strassenschlacht in Budapest.

Osten verschob. Westliche Flugzeugstaffeln im Baltikum und USA-Militärpräsenz in Georgien, Rumänien und Bulgarien provozieren Russland und ergeben neue Diskrepanzen.

NATO-Mitglied Ukraine?

Erhöhte Spannung bewirkt die westliche Absicht, die Mitgliedschaft der NATO auch auf die Ukraine auszudehnen. Die Möglichkeit, dass deutsche Panzer an der russischen Grenze in der Nähe von Kursk auftauchen könnten, führt jetzt schon zu heftigen psychologischen Abwehrreaktionen in Russland. Man hat offenbar nicht vergessen, dass die grösste Panzerschlacht des Zweiten Weltkrieges im Kursker Bogen einen gewaltigen Blutzoll gefordert hatte.

Die stärkste Zuspitzung erfuhr bis jetzt der Streit zwischen Russland und den USA in der Raketenfrage. Die Stationierung von

bis zu zehn Abwehrraketen in Polen und der dafür notwendigen Radaranlage in Tschechien scheint ein neues Wettrüsten heraufzubeschwören.

Die Zweifel an den Beweggründen der USA, einen Schutzschild gegen Angriffe aus dem Iran und Nordkorea zu errichten, wachsen auch in Westeuropa. Sollten die Russen den Abrüstungsvertrag für Mittelstreckenraketen aufkündigen und aggressiv aufrüsten, droht ein neuer Kalter Krieg. So verlangte Gennadi Siuganow, der Führer der Kommunistischen Partei Russlands, kürzlich den verstärkten Ausbau der Armee und schloss militärische Eingriffe in Georgien oder in der Ukraine nicht aus.

Hardliner Cheney

Der Schock über die Terroranschläge vom 11. September 2001 in New York und Washington führte zu einer engeren

Zusammenarbeit zwischen Amerika und Russland und gipfelte in einer gemeinsamen Gegenaktion im Raum Afghanistan durch einen militärisch-chirurgischen Eingriff. Allerdings konnte bei dieser Gelegenheit die USA unter Führung von Hardliner Vizepräsident Richard Cheney und Verteidigungsminister Donald Rumsfeld im rohstoffreichen Zentralasien Fuss fassen und Russland provozieren.

Der russische Präsident Wladimir Putin als Nachfolger von Boris Jelzin ist ein kühler Rechner, der nicht militärisch aufrüstet, sondern politisch und wirtschaftlich reagiert. Seine Demonstrationen an der Welt-Sicherheitskonferenz in München sind deutliche Zeichen einer nichtmilitärischen Abwehrhaltung. Die Unterbrechung der Gaslieferung an die Ukraine und an Weissrussland beweisen die Verwundbarkeit europäischer Energiesicherheit. Niemand weiss allerdings, was im Jahre 2008 geschieht, wenn ein neuer russischer Präsident gewählt wird, der vielleicht wieder auf die Karte militärischer Aufrüstung setzt.

Energiekrieg

Im Augenblick ist der Energiekrieg in vollem Gange und dreht sich um die riesigen Gas- und Erdölvorkommen in Russland und in den zentralasiatischen Republiken. Der Wettbewerb findet dabei vor allem auf dem Gebiet der Transportrouten für Gas



Polizei gegen Putin-Gegner in St. Petersburg.

und Erdöl statt. Nachdem amerikanische und englische Petroleumgesellschaften eine Pipeline von Baku durch Georgien und die Türkei ans östliche Mittelmeer gebaut hatten, zogen die Russen nach, indem sie mit deutscher Hilfe eine Verbindung durch die Ostsee von Wyborg nach Greifswald schaffen.

Gleichzeitig möchte der russische Konzern Gasprom die bestehende Bluestream-Pipeline von den westsibirischen Gasfeldern durch das Schwarze Meer bis nach Ungarn verlängern. Es wird damit die von der österreichischen Öl- und Gasgesellschaft (OMV) geplante Pipeline «Nabucco» von Zentralasien über die Türkei nach Österreich empfindlich konkurrenziert.

Kooperation

All diese Auseinandersetzungen in der Energiepolitik führen zu Irritationen in Osteuropa, da man nicht mehr sicher ist, ob man sich Moskau oder Washington zuwenden soll. So geht Ungarn jetzt auf Kuschelkurs mit Russland, während Polen stramm zu den USA steht.

Die europäischen Organisationen Europarat, OSZE und EU haben alles zu unternehmen, um einen neuen Kalten Krieg zu verhindern. Der Europarat muss sein Mitglied Russland im Monitoringverfahren stärker beeinflussen und auf den demokratischen Weg weisen. ✚

Österreich-Eurofighter: Da waren's nur noch 15 – Tiger-Bauchlandung in Graz

Ursprünglich wollte das österreichische Bundesheer 24 Eurofighter von der European Aeronautic Defence and Space Company (EADS) kaufen. Aber schon die Regierung Schüssel schraubte nach einer Unwetterkatastrophe auf 18 Maschinen zurück.

Dann gewannen die Sozialdemokraten die Wahlen, und der neue Bundeskanzler Alfred Gusenbauer setzte den früheren Wehrdienstverweigerer Norbert Darabos als Verteidigungsminister ein – mit dem Auftrag, den Flugzeugkauf entweder zu reduzieren oder ganz zu unterbinden.

Zuerst versuchte es Darabos mit dem Vorwurf an die alte Regierung, beim Vertragsabschluss mit EADS sei Korruption im Spiel gewesen. Aber es gelang ihm nicht, den Vertrag aufzulösen, weil EADS Widerstand leistete. Jetzt einigten sich die Flugzeugfirma und der Minister auf einen Kompromiss: Österreich kauft 15 statt 18



Österreich erhält Eurofighter von der deutschen Bundeswehr.

Eurofighter. Das Bundesheer erhält nicht wie vorgesehen Maschinen von der modernen Tranche 2, sondern Bundeswehrflugzeuge von der Tranche 1. Zudem werden die österreichischen Modelle in der Ausstattung «strikte» auf die Aufgabe der Luftraumüberwachung reduziert.

Zu einem aufsehenerregenden Vorfall kam es im Juni mit einem der zwölf Tiger, welche die Schweiz der österreichischen Luftwaffe bis Mitte 2008 ausleiht: In Graz vergass der Pilot, das Fahrwerk auszufahren, worauf der Tiger eine veritable Bauchlandung machte. ger.